

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1999-2000)

Artikel: Ende der Diskretion
Autor: Whitaker, Reg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072567>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Großer Bruder, wir beobachten dich!“ Anfang 1998 wurde folgendes berichtet: „Anhänger der aufständischen Zapatistas haben sich im Zuge ihrer bislang am stärksten vernetzten Aktion in eine Website der mexikanischen Regierung eingeklinkt und sie mit Bildern des revolutionären Namensgebers der Rebellen, Emiliano Zapata, vollgepflastert. Ein Ausschnitt der Botschaft der Aufständischen fand sich auf der Homepage des Finanzministeriums und lautete: ‚Großer Bruder, wir beobachten dich!‘“¹ Die Zapatistas wurden als „erste informationelle Guerillabewegung“ bezeichnet.² Diese Aktion hatte wohl allenfalls symbolischen Gehalt; was die Bewegung jedoch tatsächlich auszeichnet, ist ihre bemerkenswerte Fähigkeit, im Rahmen eines Bauernaufstands gegen die mexikanische Regierung und deren neoliberale Globalisierungspolitik in globalem Maßstab vernetzt zu handeln (mittels Internet, Fernsehen und so weiter). Vermutlich hinderten einzig diese weltweiten Verbindungen der Zapatistas die mexikanische Regierung daran, der Rebellion mit der bewährten Strategie massiver Unterdrückung zu begegnen und

Reg Whitaker

Ende der Diskretion

statt dessen die ungewöhnliche Alternative von Verhandlungen voranzutreiben. Wie Castells erklärt, „verfolgten sie nicht die Strategie, tatsächlich Krieg zu führen. Die Zapatistas setzten Waffen ein, um auf sich aufmerksam zu machen, dann spielten sie mit der Möglichkeit, sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu opfern, um so Verhandlungen zu erzwingen und eine Reihe vernünftiger Forderungen vorzubringen. Diese stießen, wie Umfragen belegen, offenbar in weiten Teilen der mexikanischen Gesellschaft auf Zustimmung... Die Fähigkeit der Zapatistas, mit der Welt und mit der mexikanischen Gesellschaft zu kommunizieren, die Phantasie der Leute und der Intellektuellen gefangenzunehmen, katapultierte eine lokale, schwache Gruppe von Aufständischen an die vorderste Front der Weltpolitik.“³ Wichtig waren auch die Netzwerke von Anhängern, die außerhalb Mexikos aufgebaut wurden. Die Chase Manhattan Bank meldete Anlegern, die mexikanische Regierung müsse die Rebellenbewegung vernichten, um das Vertrauen der Investoren wiederherzustellen. Umgehend wurde der Text von einem amerikanischen Unterstützernetz im Internet verbreitet; dies führte zu massiven Vorwürfen gegen die Bank aus Kreisen „ethisch orientierter“ Investoren, die sich um die Demokratie ebenso sehr sorgten wie um ihre Gewinnspanne.⁴

Ein weiteres, weniger bekanntes Beispiel für Widerstand im Internet lieferten die Cree-Indianer in der James Bay im Norden Québécois. Sie veranstalteten eine erfolgreiche Kampagne gegen das gigantische Wasserkraftprojekt „James Bay II“ oder „Great Whale“, Großer Wal, das die Provinzregierung von Québec und ihr Wasserkraftunternehmen über Jahre hinweg nachdrücklich gefördert hatten. Die Versorgungsbetriebe Hydro-Québec sind ein Kernstück des neuen Nationalismus der Provinz Québec. Die vorangegangene Entwicklung von James Bay I war Wasser auf die Mühlen der Verfechter der Unabhängigkeit Québécois gewesen: Das technisch anspruchsvolle Megaprojekt, das Québec mit den weltweiten Exportmärkten für Strom aus Wasserkraftwerken verband, war zugleich ein Symbol für die Fähigkeit des Landes, einen modernen Staat und eine moderne Wirtschaft aufbauen zu können, die allein von den Québécois organisiert und verwaltet wurden. James Bay II sollte diese Entwicklung weitertreiben; nach der Machtübernahme durch eine separatistische Partei im Jahre 1994 wäre es zudem ein Symbol für Québécois Entschlossenheit und Fähigkeit geworden, sich aus den Zwängen des kanadischen Föderalismus zu lösen und seinen eigenen Platz in der Weltwirtschaft zu behaupten.

Aus der Sicht der Ureinwohner im Norden Québécois stellt sich die Entwicklung der James Bay ganz anders dar. Für sie ist sie ein aggressiver, imperialistischer Vorstoß der europäisch-kapitalistischen „Zivilisation“ mitten ins Herz des Landes und der Wirtschaft der Eingeborenen. Die Staudämme der Kraftwerke verändern die Landschaft radikal; alte Ländereien werden überflutet, Flüsse und Ströme umgeleitet, die Wanderwege des Wildbestandes zerschnitten und unterbrochen, die Reviere für Jagd und Fallenstellerei auseinandergerissen. Ganze Gemeinden werden entwurzelt und „umgesiedelt“. Auf den ersten Blick erscheint dieser Vorgang geradezu paradigmatisch dafür, wie die Moderne sich auf traditionelle Lebensweisen auswirkt. Das Leitungsnetz der Wasserkraft breitet sich unaufhaltsam über ursprüngliche Landschaften aus und unterwirft Mensch und Tier, Baum und Fluß, alles, was in seinen beherrschenden Bann gerät. Die Natur wird durch die technologische Alchemie in eine Kraft verwandelt, die die Maschinen der kapitalistischen Industrie antreibt. Besonderheiten, Traditionen und Abweichungen werden in die ordentlichen und starren Leitungen des Imperiums gezwungen, die diese Kraft zu den Märkten im Ausland transportieren und damit die alten Ländereien mit dem Netzwerk der globalen Wirtschaft verbinden und sie ihm unterwerfen.

Gegen die Pläne für die zweite Stufe mobilisierten die Crees in der James Bay breiten Widerstand. Dies war

nicht bloß ein weiteres verzweifelteres Rückzugsgefecht eines bedrohten Volkes. Sie inszenierten eine raffinierte internationale Werbekampagne, um die Weltöffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Sie sicherten sich die Unterstützung einer Persönlichkeit der amerikanischen Politik, Robert Kennedys jun., sowie eines führenden amerikanischen Werbeunternehmens. Die Crees vernetzten sich und bauten auf internationale Umweltgruppen, die über die entsprechende Erfahrung und das Fachwissen verfügten, um sich Zugang zu den globalen Kommunikationssystemen zu verschaffen. In den Medien Amerikas und Westeuropas erzeugten sie eine für die Regierung von Québec äußerst ungünstige Stimmung. Die Legislative des Staates New York (des wichtigsten Exportmarkts für Wasserkraft aus Québec) brachten sie dazu, keine vom „Großen Wal“ erzeugte Elektrizität zu kaufen. Als in Washington Anhörungen stattfanden, bei denen in einer allgemein Québecfeindlichen Atmosphäre die Crees Sprechern Québecks gegenüberstanden, gab die Provinzregierung von Québec schließlich nach und stellte das Great-Whale-Projekt ein.

Die Eingeborenen im Norden Québecks schlugen zurück, als sie durch die einschnürenden Netze (das Stromleitungsnetz) des globalen Kapitalismus bedroht wurden, indem sie sich mit internationalen Umweltgruppen vernetzten. Selbstverständlich ist die Schlacht für die Rechte der Ureinwohner mit diesem einen erfolgreichen Scharmützel allein nicht gewonnen, doch die Strategie des Widerstands ist interessant und liefert ein Vorbild für das Informationszeitalter.

Der erfolgreiche Feldzug gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) stellt ein weiteres Beispiel für vernetzten Widerstand in jüngster Zeit dar. Das geplante Abkommen war in aller Stille von Regierungen unter der Ägide der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgehandelt worden und hätte verbindliche Regeln für die Behandlung ausländischer Investoren eingeführt.⁵ Hinter verschlossenen Türen lief alles glatt, bis einer kanadischen Bürgerrechtsggruppe ein Entwurf des Abkommens in die Hände gespielt wurde. Ein Reporter beschreibt die anschließenden Ereignisse folgendermaßen:

Spitzenpolitiker führten Bände von Statistiken und Analysen ins Feld, um zu belegen, weshalb eine Reihe von Investitionsvorschriften die Welt verbessern würde. Einer globalen Vereinigung von Basisgruppen waren sie jedoch nicht gewachsen. Mit wenig mehr als ihren Computern und ihrem Zugang zum Internet trugen sie dazu bei, ein Abkommen scheitern zu lassen. Die internationalen Verhandlungen nahmen in der Tat einen anderen Verlauf, nachdem oppositionelle Gruppen dem Multilateralen

Investitionsabkommen eine Schlappe beigebracht hatten. Aufgeschreckt vom Trend zur Globalisierung der Wirtschaft hatten sich diese ihrerseits der Globalisierung bedient, um zurückzuschlagen.⁶

Die Kanadier, von denen sich viele schon früher in erfolglosen Kampagnen gegen die Durchführung des kana-



disch-amerikanischen Freihandelsabkommens von 1989 und dann des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) engagierten, hatten aus den Fehlern ihrer früheren Kampagnen in der Zeit vor dem Cyberspace gelernt. Diesmal verbündeten sie sich mit On-line-Gruppen in anderen Ländern wie dem Third World Network in Malaysia. Jede noch so winzige Information über den geheimen Entwurf des Abkommens wurde sofort allen zur Verfügung gestellt, und kritische Analysen der Folgen, die das MAI für nationale Regierungen hätte, wurden rasch über den ganzen Erdball verbreitet.

Informationen aus einem Land, die sich für die Regierung eines anderen Landes als nachteilig erweisen konnten, wurden umgehend veröffentlicht. Die nationalstaatlichen Regierungen waren so in ihre Heimlichtuelei verstrickt, daß sie nur unzureichend darauf reagieren konnten. Letztlich waren unabhängige Gruppen sogar besser über die Einzelheiten und Implikationen des MAI informiert als die Minister der Regierungen, denen sie gegenüberstanden. Eine weltweite Protestwelle überschwemmte die Verhandlungsführer der OECD; Anfang 1998 gestanden sie ihre Niederlage ein. „Dies war die erste erfolgreiche Internetkampagne unabhängiger Organisationen“, erklärte ein an den Verhandlungen beteiligter Diplomat. „Und sie war äußerst wirkungsvoll.“ Nachdem sie den Abkommensentwurf verhindert haben, bemühen dieselben Gruppen sich jetzt, in Zukunft eine

Unter Kontrolle (!).
Central,
Limmatquai,
Bahnhofsbrücke.
Im Hintergrund
rechts der Zürcher
Hauptbahnhof

positivere Rolle zu spielen. Anstatt sich lediglich den Vorschlägen der Verhandlungsführer der Regierungen zu widersetzen, wollen sie konstruktive Vorschläge machen, beispielsweise welche Bestimmungen Handelsabkommen enthalten sollten. Einer der kanadischen Aktivisten drückte dies so aus: „Wir sind gegen das Modell der wirtschaftlichen Globalisierung. Doch die Idee vom globalen Dorf, die Vorstellung, sich zu treffen und gemeinsam zu arbeiten, ist ein wunderbarer Traum.“⁷

Der große Bruder als Außendienstmitarbeiter Wie ich in einem der vorhergehenden Kapitel dargelegt habe, wurde durch die Entwicklung des mitbestimmten Panopticons der Große Bruder als einer der ersten überflüssig. Angesichts der neuen Überwachungstechnologien sind seine Dienste für den Nationalstaat überholt. Die Hitlers und Stalins des realen Lebens sind in die Geschichte eingegangen, doch dies gilt auch für das idealisierte Bild des allwissenden und allmächtigen totalitären Diktators. Die überall verteilte panoptische Macht beraubt den Staat seiner zentralen Stellung. Eine vernetzte Welt ist eine Welt, in der auch die Macht vernetzt ist; sie ist auf Knoten verteilt, die sich an den entscheidenden Schnittstellen des Netzes befinden. Wir könnten uns bestenfalls noch regionale Diktatoren vorstellen, die einige dieser Knoten besetzt halten, die Saddam Husseins und Slobodan Milosevics der Zukunft. Doch technologisch Überholtes ist nicht unbedingt überflüssig. Arbeitsplätze, die abgeschafft werden, tauchen oft als selbständige Tätigkeiten außerhalb der Organisation wieder auf, zum Beispiel bei Beratungsfirmen oder Subunternehmen. Für diese neuartige flexible Beschäftigungsebene wurde sogar ein Wort erfunden, das analog zum „Verschlanken“ oder „Gesundshrumpfen“ als out-sourcing bzw. „Auslagern“ bezeichnet wird. Angesichts der Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft und insbesondere der Gefahren, die von ihrer strukturellen Instabilität und der immer mächtiger werdenden Schattenwelt des globalisierten Verbrechens und der Korruption ausgehen – die ich als die Schattenseite der Globalisierung bezeichnet habe –, kehrt allem Anschein nach der Große Bruder heute als selbständiger Berater zurück.

Warum sollten multinationale Firmen gewaltige personelle und materielle Investitionen auf sich nehmen, um sich mit Fähigkeiten auszustatten, über die große Staaten bereits verfügen – und wie sollen sie sich außerdem noch für die enge, permanente und unendlich schwierige Zusammenarbeit mit ihren Konkurrenten rüsten, ohne die eine wirksame globale Sicherheitsstrategie nicht möglich ist? Wieso sollten sie nicht statt dessen ihre jeweiligen Staaten dazu drängen, in ihrem Namen eng zusammen-

zuarbeiten und die aufstrebende globale Wirtschaft zu überwachen, damit sie selbst sich ihrem eigentlichen Anliegen widmen können, nämlich Geld zu verdienen? Genau dies tun die multinationalen Firmen gegen Ende des 20. Jahrhunderts und fördern damit energische staatliche Aktivitäten und eine intensive Zusammenarbeit der Staaten, die die Vision eines virtuellen Feudalismus, einer Welt privater, über begrenzte Gebiete herrschender Lehen widerlegt.



Damit will ich nicht behaupten, daß Staaten weiterhin so aussehen werden wie in der Vergangenheit. Schon jetzt bilden sich Staaten entlang flexiblerer und weniger übergreifender Entwicklungslinien um. Staaten, die ohnehin nicht alle gleich sind (viele sind schwach und einige wenige stark), könnten zu spezialisierteren Einheiten werden. Sie könnten Funktionen beibehalten, bei denen sie im Vergleich zum privaten Sektor Vorteile bieten, während sie andere völlig aufgeben oder dem privaten Sektor zuweisen. Außerdem werden die Staaten in keiner Weise mehr völlig eigenständige Gebilde sein; vielmehr werden auch sie fortwährend multinationale Netze und Allianzen bilden – mit Staaten, Firmen und privaten Organisationen sowie unabhängigen Gruppen und Bewegungen – und diese immer wieder umgestalten. Ein Bereich, in dem Staaten gegenüber Firmen im Vorteil sind, ist die Ausübung von Zwang. Zwar wurden die Überwachungs- und Unterdrückungstechnologien im privaten Sektor entwickelt, um Profit zu machen, doch eingerichtet und angewandt werden sie eher von Staaten und staatlichen Netzen. An dieser Stelle tritt der Große Bruder wieder auf den Plan, diesmal als ausgelagerter Berater. Die grenzüberschreitenden Netze der Zusammenarbeit bei Zwangsmaßnahmen sind ausgeklügelt und hochentwickelt. Wenn es etwa darum geht, sich der angeblichen Bedrohung der Sicherheit des wohlhabenden Westens durch Immigranten und Flüchtlinge zu stel-

Unter Kontrolle (II).
Newham
bei London,
verdächtige Person
im Videobild

len, bedient man sich nicht nur länderübergreifender Polizeimaßnahmen, gemeinsamer Datenbanken und raffinierter Methoden der politischen Kontrolle,⁸ sondern hat auch eine ehrfurchtgebietende Palette von Überwachungsmöglichkeiten zur Verfügung, von Spionagesatelliten bis hin zu Abhöreinrichtungen, die gegen Terroristen oder vermeintliche Terroristen in Stellung gebracht werden können. Diese Art von Tätigkeiten beherrschen Staaten und staatliche Einrichtungen recht gut, und darauf werden sie sich konzentrieren und spezialisieren. Doch sie werden sie nicht als Selbstzweck oder einzig zur Selbsterhöhung des Staates durchführen wie in der alten Vorstellung des Totalitarismus. Vielmehr dürfte die Ausübung von Zwang eher zu einer funktionalen Spezialisierung in einer komplexen, vernetzten Welt werden. Ich habe dieses Buch mit einer Betrachtung des „Jahrhunderts der Nachrichtendienste“ begonnen. Insofern paßt es nun gut, wenn ich den Schlußpunkt mit der Rückkehr der Nachrichtendienste setze, die systematisch und zielgerichtet geheime Informationen beschaffen. Der Staat wurde dezentralisiert; die Macht ist jetzt breit gestreut und verteilt; die Überwachung geht in alle Richtungen. Das mitbestimmte Panopticon vermeidet viele, wenn auch kaum alle Zwangselemente früherer panoptischer Macht. Doch diese Entwicklungen erfordern nach wie vor ein weltumspannendes Überwachungssystem, das Zwangsmaßnahmen eher fördert.⁹ Man braucht ein solches System, weil die vernetzte Welt tiefverwurzelte Elemente der Instabilität und der Widersprüche in sich trägt. Man braucht es, weil nichtstaatliche Mitspieler wie Terroristen die Stabilität des internationalen Staatensystems bedrohen, ganz zu schweigen von Geschäftsleben und Investitionen. Man braucht es, weil der bedrohliche Doppelgänger, die Schattenseite der Globalisierung – grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen und Korruption, Drogenschmuggel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche und so weiter – die vernetzte Welt imitiert und herausfordert. Mit dem Ende des Kalten Krieges kam es zu Spekulationen, die Sicherheits- und Nachrichtendienste hätten sich überlebt. Das war jedoch nicht der Fall – ein Anlaß für Kritiker, zynischen Spott über bürokratische Behörden auszugießen, die im Kampf um die Erhaltung ihrer Einflußbereiche und Haushaltsmittel neue Feinde erfinden, die an die Stelle der alten, mittlerweile ausgeschalteten treten sollen. Sicher ist daran etwas Wahres, da bürokratische Strukturen kaum jemals freiwillig ihre Vorrechte aufgeben und meist sehr erfinderisch sind, wenn es darum geht, ihr Weiterbestehen zu rechtfertigen. Doch die neuen Gegner, auf die die Nachrichtendienste verweisen, sind nicht erfunden, sondern nur allzu real. Und es gibt gute Gründe für das Argument, daß Nachrichten-

dienste sowie die von diesen Behörden eingesetzten speziellen Techniken und Methoden tatsächlich genau das sind, was erforderlich ist, um die Netzwerke von Kriminalität und Terror, die die globale Wirtschaft überschatten, aufzuspüren und zu analysieren. „Grenzenlose“ Gefahren erfordern eine entsprechend ausgedehnte grenzüberschreitende Zusammenarbeit, und auch in dieser Hinsicht haben die Nachrichtendienste große Erfahrungen mit Allianzen und der gemeinsamen Nutzung von Netzwerken; Erfahrungen, die sie im Kalten Krieg unter dem Druck der Konfrontation mit einer angenommenen gemeinsamen Gefahr sammelten, die vom gegnerischen Block ausging.

Heute sind die Gefahren weniger scharf umrissen. Doch die Erfahrungen aus der vorangegangenen Epoche, in der man grenzüberschreitende Überwachungsnetze aufbaute, und zwar bezeichnenderweise in unmittelbarer Zusammenarbeit der betreffenden Dienste und nicht nach vorheriger Anbahnung formeller Beziehungen auf Regierungsebene, liefern ein interessantes Grundschema dafür, wie derlei in der vernetzten Welt der Zukunft organisiert werden muß. Im Zeitalter des Cyberspace versetzen die neuen Informationstechnologien globale Verbrechensnetze in die Lage, nicht nur die wirtschaftlichen Institutionen des Kapitalismus, sondern auch die politischen Institutionen demokratischer Staaten und auf höchst heimtückische Weise auch die bürgerliche Gesellschaft zu bedrohen. Die Verwüstungen, die der Drogenmißbrauch in den Innenstädten Nordamerikas und Europas anrichtet, genügen als sichtbarer Beweis dafür, wieviel menschliches Elend globale Verbrechenskartelle verursachen können. Doch die gleichen Technologien liefern uns auch die Mittel, ebendiese Gefahren zu bekämpfen. Wir brauchen den Großen Bruder erneut, aber nur – und dies möchte ich mit allem Nachdruck betonen – als einen auf bestimmte Funktionen spezialisierten Berater, nicht als Alleindarsteller.

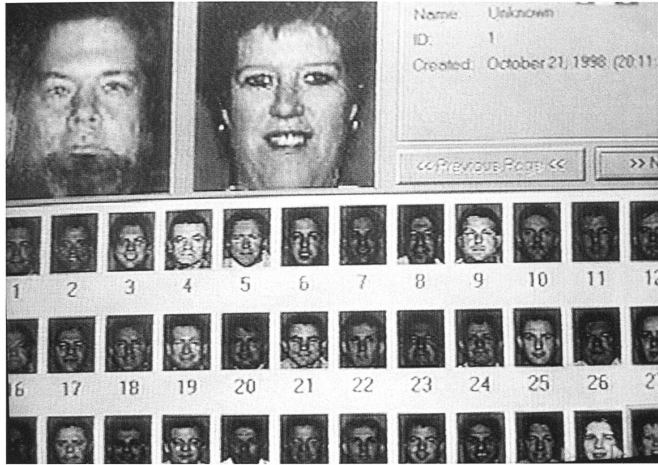
Zweifellos wurde der Terrorismus von Regierungen als Entschuldigung für exzessive Unterdrückung und die Überwachung bestimmter verdächtiger Gemeinschaften mißbraucht, etwa von Einwanderern aus Ländern, von denen internationale terroristische Aktivitäten ausgehen. Das soll jedoch nicht heißen, daß die Gefahr des Terrorismus von Staaten lediglich herbeigeredet würde. Und die Möglichkeit, daß Massenvernichtungswaffen, seien es nukleare, chemische oder biologische Waffen, nicht nur in die Hände sogenannter Verbrecherregimes wie des Irak fallen, sondern auch von radikalen Organisationen und Individuen mit politisch-religiösen Zielen genutzt werden, die jeder Vorstellung von internationaler oder auch nur regionaler Ordnung Hohn sprechen, stellt ein außerordentlich ernstes Problem dar.

Ein größliches Beispiel lieferte die chilastische Aum-Sekte in Japan, die in drei Zügen der Tokioter U-Bahn tödliches Saringas freisetzte und damit zwölf Menschen tötete sowie 5 000 verletzte. Gruppen, die sich eher herkömmlicher Vernichtungsmethoden bedienen, waren beispielsweise für den Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York verantwortlich. Die potentielle Macht, über die solche Gruppen verfügten, wenn sie nukleare Sprengsätze oder chemische oder biologische Kampfstoffe besäßen, ist keine Erfindung hysterischer Staaten. Die vorhandenen Überwachungs- und Unterdrückungsapparate, die ihrerseits über Grenzen hinweg vernetzt sind, stehen bei dem Versuch, solchen möglichen Bedrohungen zuvorzukommen, an vorderster Front. Das weiter oben¹⁰ beschriebene hochentwickelte System zum Abfangen von Nachrichten gehört ebenso dazu wie eine globale Satellitenüberwachung. Doch man wird sich selbst herkömmlicherer Methoden der Nachrichtenbeschaffung wie der Unterwanderung angepeilter Netze durch Geheimagenten und V-Leute bedienen müssen. Oder nehmen wir das Problem der Geldwäsche, das der Schlüssel für zahlreiche Aktivitäten auf der Schattenseite der Globalisierung ist. Sie bedrohen das multinationale Kapital ebenso wie die Staaten und bedienen sich der neuen Technologien und der vernetzten Organisationsformen, um kriminelle Aktivitäten zu finanzieren und bestimmte Personen in Behörden wie auch in Firmen zu bestechen. Sache der Nachrichtendienste ist es, die Netzwerke der Geldwäscher aufzuspüren; Anklage zu erheben ist Sache der Polizei. Doch isolierte nationale Einheiten sind diesen grenzüberschreitenden Aktivitäten nicht gewachsen. Die technischen Mittel zur Bekämpfung dieser Gefahr sind vorhanden. Die Überwachungskapazität der zeitgenössischen Technologien ist theoretisch unbegrenzt; mit ihrer Hilfe lassen sich finanzielle Transaktionen nachvollziehen, wo immer sie stattfinden – vorausgesetzt, es kommt zu einer weltweiten Verständigung über ein Aufzeichnungssystem. Tatsächlich gibt es eine Abteilung im US-Schatzamt, FinCen, die gerade dabei ist, eine derartige globale Maßnahme in die Wege zu leiten. Sobald ein solches Überwachungssystem einsatzbereit ist, könnte es jede Transaktion – von privaten Abhebungen am Bankautomaten bis hin zu großen Kapitalbewegungen – kontrollieren. Es wurde und wird Software mit künstlicher Intelligenz entwickelt, um dieses ungeheuer ausgedehnte Datenfeld zu erfassen und auffällige Muster zu erkennen. Stößt man auf verdächtige Geldbewegungen, ist es Sache der Regierung oder der Regierungen, auf deren Gebiet die verdächtigen Aktivitäten festgestellt wurden, einer Ermittlung und Strafverfolgung zuzustimmen. Nicht die Technologie ist das Problem, sondern die Zusammenarbeit in weltweitem Maßstab.

Eine solch weltweite Überwachungsregelung wirft natürlich andere Fragen auf. Verfechter der bürgerlichen Freiheiten werden Einwände gegen die zudringlichen Augen haben, die Einblick in die finanziellen Angelegenheiten der Bürger nehmen. Selbst wenn sie erkennen, wie wichtig eine Überwachung der globalen Ökonomie des Verbrechens ist, werden multinationale Firmen es vermutlich nicht besonders gern sehen, wenn einige ihrer ebenfalls reichlich gewissenlosen Finanzpraktiken von Außenstehenden überprüft werden. Letztlich muß man auch das Hobbessche Problem der Ordnung angehen. Und damit die Möglichkeit, daß andere, „legitimere“ Ursachen für eine Instabilität der globalen Ordnung, etwa Finanzmärkte und Kapitalflüsse, ebenfalls einer besser abgestimmten Überwachung und Kontrolle unterworfen werden. Diese Bereiche bleiben bislang noch multilateralen Überwachungsinstrumenten wie dem Weltwährungsfonds überlassen. Die Vorstellung, heute hätten Regierungen keine Macht, schnelle Kapitalflüsse zu kontrollieren, trifft zweifellos zu, wenn man Staaten als isolierte Einheiten betrachtet, die versuchen, autonome Herrschaftsansprüche durchzusetzen. Eine global vernetzte Welt schließt jedoch die Möglichkeit einer weltweiten Zusammenarbeit nicht aus, deren Ziel ein durchsetzbares System der Wirtschaftsüberwachung ist.¹¹ Zweifellos ist die Technik dazu vorhanden, ebenso das Motiv, nämlich die Stabilität gegen die Möglichkeit ruinöser Schwankungen abzusichern. Problematischer sind natürlich der Wille und die politischen Voraussetzungen. Doch das Problem ist erkannt und wird in Zukunft auf der Tagesordnung bleiben.

Die Schalthebel der Macht Stellen wir uns eine Welt vor, in der das Handlungsvermögen und die Bedeutung des Nationalstaats, wie wir ihn heute verstehen, tatsächlich drastisch abgenommen haben und in der Entscheidungen über private Wirtschaftsinvestitionen und Produktion mit noch weniger Rücksicht auf die noch bestehenden nationalen Grenzen getroffen werden als heute. Politische Herrschaft hat sich weitgehend, wenn auch wahrscheinlich nie vollständig, vom Staatsgebiet abgelöst, und die politische Macht ist auf viele Knoten an den entscheidenden Schnittstellen der vielfältigen, vorwiegend (keineswegs aber ausschließlich) wirtschaftlich bestimmten Netzwerke verteilt, die die Grundstruktur der globalen politischen Ökonomie nachzeichnen. Es handelt sich dabei nicht um „nationale“ Knoten, auch wenn einige stärker von einer bestimmten Nationalität beeinflußt sein dürften als andere. Doch selbst solche mit einer relativ ausgeprägten nationalen Einfärbung beziehen einen Großteil ihrer Stärke aus ihren Netzwerkverknüpfungen mit anderen Knoten, die

häufig nationale Grenzen überschreiten. Im kulturellen und soziologischen Sinn gibt es weiterhin Länder, und der Staat lebt in bestimmten funktionalen Aspekten weiter, doch die einst starke und mächtige Maschinerie des Nationalstaats wurde weitgehend abgebaut. Dieses Bild weicht insofern stark vom quasifeudalen Modell ab, als das Eigentum nicht stabil und unbeweg-



Unter Kontrolle (III). Jeder ist verdächtig: Auf britischen Flughäfen sollen die Gesichter aller Passagiere gespeichert werden.

lich, sondern formbar und mobil ist. Die institutionelle Grundlage bleibt für alle Ausprägungen offen; auf ihr fußen Organisationen, die sich in wechselnden Allianzen und Partnerschaften mit anderen Organisationen immer neu formieren. Vom Feudalismus unterscheidet es sich auch insofern, als die politische Macht nicht von privaten Wirtschaftsinteressen vereinnahmt wurde, selbst wenn sie vielleicht in Allianzen öffentlicher und privater Interessen gemeinsam ausgeübt wird und privaten Einrichtungen oder Trägern bestimmte Zwangsmittel überlassen oder zugewiesen werden.

Nach Ansicht Manuel Castells' führt eine vernetzte Welt zu einer „aufregenden Neuorganisation der Machtverhältnisse“:

Die Schalter, die die Netzwerke miteinander verbinden (zum Beispiel Geldbewegungen, die Medienimperien kontrollieren, die ihrerseits politische Vorgänge beeinflussen), sind die bevorzugten Werkzeuge der Macht. Somit liegt die Macht in den Händen derer, die die Schalter umlegen. Da vielfältige Vernetzungen bestehen, werden die Verbindungscodes und Schalter zwischen den Netzwerken zu den entscheidenden Ausgangspunkten, um Gesellschaften zu formen, zu führen oder in die Irre zu führen.¹²

Das Problem der Macht, ihres Gebrauchs und Mißbrauchs, bleibt durch alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen bestehen, die die neuen

Technologien und Organisationsformen der Produktion und der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen sowie die Neuordnung von Wissen und Information mit sich bringen. Was außerdem bleibt, sind die Möglichkeiten einer stärkeren demokratischen Kontrolle der Schalter, deren weitere Entwicklung ebenso offen ist wie die Abläufe in einer vernetzten Welt. Die neuen Informationstechnologien haben diesen Weg nicht verbaut, sie haben nur das Terrain neu gestaltet, auf dem die künftigen Kämpfe um die Macht ausgetragen werden.

Der vorstehende Text ist mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem 7. Kapitel des beim Verlag Antje Kunstmann, München, 1999, erschienenen, von Inge Leipold aus dem Englischen übersetzten Buch von Reg Whitaker, *Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter*, entnommen.

- 1 *Zapatista Rebel Supporters Wage Virtual War*, in: *Wired News* vom 4. Februar 1998
- 2 Manuel Castells, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, Bd. 2: *The Power of Identity*. Oxford (Blackwell), 1997, 68–83
- 3 Castells, 79
- 4 *A Rebel Movement's Life on the Web*, in: *Wired News* vom 6. März 1998
- 5 Tony Clarke und Maude Barlow, *MAI: The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to Canadian Sovereignty*, Toronto (Stoddart), 1997
- 6 Madelaine Drohan, *How the Net Killed the MAI: Grassroots Groups Used Their Own Globalization to Derail Deal*, in: *The Globe & Mail* Toronto, vom 29. April 1998
- 7 Ebd.
- 8 In der „Festung Europa“ ist dies mit Sicherheit der Fall: Michael Spencer, *States of Injustice: A Guide to Human Rights and Civil Liberties in the European Union*. London (Pluto Press), 1995; Tony Bunyan (Hg.), *Stewatching the New Europe*. Nottingham (Russell Press), 1993; Steve Wright, *An Appraisal of Technologies for Political Control*. Luxemburg: Europäisches Parlament, Generaldirektion für Forschung, 1998
- 9 Stephen Gill, *The Global Panopticon? The Neoliberal State, Economic Life, and Democratic Surveillance*, in: *Alternatives 2* (1995), 1–49
- 10 Vgl. Kapitel 4 des Buches von Reg Whitaker: *Die Nacht hat tausend Augen – neue Techniken der Überwachung*
- 11 Die Finanzkrise in Asien 1997/1998 veranlaßte sogar einige neolibérale Wirtschaftswissenschaftler dazu, sich laut zu fragen, ob der Internationale Währungsfond mit seiner traditionellen Rolle, Regierungen zur Übernahme neoliberaler Grundsätze zu zwingen, nicht besser durch eine Körperschaft ersetzt werden sollte, die darauf vorbereitet ist, Finanzmärkte und Institutionen zu regulieren, statt erst einzugreifen, wenn sie zusammengebrochen sind.
- 12 Castells, *Information Age*, Bd. 1: *The Rise of the Network Society*. Oxford (Blackwell), 1996, 471